

SFP Swiss Film Producers' Association Schweizerischer Verband der FilmproduzentInnen	G A R P Groupe Auteurs Réalisateurs Producteurs Gruppen Autoren Regisseure Produzenten Gruppo Autori Registi Produttori	ARF/FDS Verband Filmregie und Drehbuch Schweiz Association suisse des scénaristes et réalisateurs de films	iG Unabhängige Schweizer Filmproduzenten Producteurs indépendants de films suisses
CH-3007 Bern	8034 Zürich	8005 Zürich	8004 Zürich

Revision Filmgesetz im Rahmen der Kulturbotschaft 2021-24:

Argumentarium für JA ZUM 4%-VORSCHLAG DES BUNDESRATS

Kurzfassung

Die Investitionspflicht von 4% in der Schweiz ist ein langjähriges Erfolgsmodell, das mit der neuen Gesetzesvorlage vom klassischen Fernsehen nun auf die international immer grösser werdenden digitalen Plattformen ausgeweitet werden soll:

Die 4% Investitionen der Streaming-Anbieter sind die **notwendige Bedingung um...**

- 1. ... Arbeitsplätze in der einheimischen Audiovisions-Branche zu sichern und die hohe Professionalität zu erhalten.**
- 2. ... den Schweizer Film national und im globalen Umfeld der Streaming-Plattformen konkurrenzfähig zu halten und sichtbar zu machen.**
- 3. ... für die Audiovisionsbranche vergleichbare Bedingungen wie in unseren Nachbarländern zu schaffen.**

Begründung

Die Investitionspflicht von 4% in der Schweiz ist ein seit langem bestehendes **Erfolgsmodell**, welches bisher bereits im klassischen Fernsehbereich (RTVG) umgesetzt wurde. Durch diese Regelung haben das Schweizer Fernsehen sowie Kabelanbieter wie Teleclub viele audiovisuelle Produktionen an Schweizer Produktionshäuser übergeben und gemeinsam realisieren.

Neu soll diese Investitionspflicht an die veränderten Marktverhältnisse im digitalen Zeitalter angepasst werden. Und sie soll die **«Swissness» der audiovisuellen Produktionen** sichern. Es ist keine Steuer oder Zwangsabgabe, sondern ein wirtschaftliches Lenkungsinstrument.

Im **Vergleich zu unseren europäischen Nachbarn** ist die Investitionspflicht von 4% durchschnittlich und angemessen. So liegen die Investitionspflichten in Frankreich bei 15%, in Italien bei 10% und in Spanien bei 5%. Unter Berücksichtigung unseres kleinen Marktes mit vier Sprachregionen, liegen die 4% für die Schweiz an der unteren Grenze.

Nun haben die bürgerlichen Vertreter im Nationalrat am 7. September entschieden, die bislang geltende und bewährte nationale Regelung der 4% Investitionspflicht auf 1% zu reduzieren. Schweizer Streaming-Anbieter wie SwisscomTV (→ neu Blue TV), UPC oder ähnliche wären gar ganz ausgenommen.

Mit einer Reduktion auf 1% werden die «Swissness» der Vorlage und insbesondere deren volkswirtschaftlicher Effekt ausgehöhlt. Anstatt Arbeitsplätze zu schaffen, riskieren wir durch diese Regelung sogar einen **Rückgang der audiovisuellen Produktionen in der Schweiz**. Anstatt wie bisher mit fast 1 Millionen würde z.B. Teleclub in Zukunft nur noch für 250'000 Franken Schweizer Filme koproduzieren.

Unverständlich ist auch, dass gewisse Schweizer Parlamentarier den **Schutz von ausländischen Medienkonzernen** auf Kosten inländischer KMUs in Kauf nehmen. Die ausländischen Streaming-Anbieter erzielen sehr hohe Umsätze in der Schweiz, auch mit Inhalten aus der Schweizer Audiovisions-Branche. Aus diesem Grund ist es logisch, dass diese Gewinne nicht gänzlich ins Ausland fließen dürfen, sondern ein Teil davon wieder in der Schweiz ausgegeben werden muss. Und die grossen internationalen Medienkonzerne wurden in Europa erst durch die Investitionspflichten in den verschiedenen Ländern dazu gebracht, inländische Filme und Serien in Auftrag zu geben. So geschehen durch Netflix in Spanien, Italien, Frankreich, Deutschland und vielen andern Ländern.

Die **Swisscom lobbyiert hinter den Kulissen massiv** gegen dieses bewährte Erfolgsmodell und gegen den Bundesrat, obwohl sie zu 51% dem Bund gehört. Dies ist missbräuchlich und unverständlich und dient einzig dem Ziel, selbst von dieser Investitionspflicht ausgenommen zu werden. Als bundeseigener Betrieb stellt sich die Swisscom damit nicht nur gegen den Bundesrat, sondern sie schadet damit nachhaltig der «Swissness» und somit auch der Volkswirtschaft. Denn ohne eine Beteiligung der Swisscom als bisher grösster nationaler Anbieter wird es schwierig werden, eine einseitige Investitionspflicht nur von internationalen Anbietern zu verlangen.

Wir hoffen auf die **volkswirtschaftliche Vernunft des Ständerates**, die «Swissness» und die damit verbundenen Schweizer Arbeitsplätze durch die Investitionsverpflichtung von 4% zu sichern und die Swisscom und UPC wieder in die Vorlage zu integrieren.

Damit die Investitionspflicht auch zusammen mit der einheimischen Branche umgesetzt werden kann, ist es zwingend, dass die internationalen Streaming-Anbieter mit **unabhängigen Produktionshäusern in der Schweiz** zusammenarbeiten.

Deshalb fordert die Audiovisionsbranche einstimmig:

JA ZUM 4%-VORSCHLAG DES BUNDESRATS!

NEIN ZUM 1%-VORSCHLAG DES NATIONALRATS!